

Deutschland soll Friedensmacht werden

Diskussion über die Rüstungspolitik zum Auftakt der Passauer Politiktage

Eine Podiumsdiskussion zur deutschen Rüstungspolitik im nahezu vollbesetzten Audimax der Universität Passau war beeindruckender Auftakt der Passauer Politiktage, die bis Freitag, 19. Juni, unter dem Motto „Paradoxien des Krieges“ stehen. Zu den Fragen von Moderator Michael Weigl vom Lehrstuhl für Politikwissenschaften diskutierten Heidi Meinzolt von der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Paul Russmann, Sprecher der „Aktion Aufschrei“ und „Ohne Rüstung leben“, und der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik, Gerhard Schempp.

Die Gesellschaft der Völker solle über den Frieden wachen, lasse aber die fünf größten Waffenexporteure entscheiden, welcher Krieg gerecht ist, sagte Marcel Böttcher, der als Projektleiter zusammen mit Florentine Troska die Diskussionsrunde eröffnete. Die Auftaktveranstaltung wolle die Verantwortung der Bundesregierung in den Blick nehmen, zum Beispiel bezüglich der Waffenexporte nach Saudi-Arabien, sagte Troska. „Können Waffen wirklich Frieden bringen?“, fragte sie.

Bürgermeister Urban Mangold zollte dem Veranstalter-Team große Anerkennung. Einer seiner Beweggründe, vor 32 Jahren politisch aktiv zu werden, sei gewesen, dass Normalbürger nur alle vier oder fünf Jahre wählen können, Großkonzerne und Industrielle aber mit ihrem Parteispenden-Scheckbuch „ein zusätzliches Stimmrecht haben“. Dies sei Gift für die Demokratie und geradezu verwerflich, wenn es um die Beeinflussung von Rüstungsexportentscheidungen geht. Hier werde zu viel in „Dunkelkammern“ und „intransparenten Geheimrunden“ ausgeklüngelt, denen es an der gebotenen Distanz zwischen Abgeordneten und Rüstungsindustrie mangle. Er forderte, Spenden der Rüstungsindustrie zu verbieten.

Die Realität sehe anders aus, entgegnete Gerhard Schempp von der Gesellschaft Deutsche Wehrtechnik. Sie beginne in der Außenpolitik mit der Frage der Bündnisse und welche Rolle Deutschland in der Sicherheitspolitik spielen wolle. Es gehe innenpolitisch um Landesverteidigung und Schutz vor



Friedens-Diskussion zum Auftakt: Moderator Michael Weigl (von links), Florentine Troska und Marcel Böttcher vom Organisationsteam, Heidi Meinzolt von der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Gerhard Schempp, Präsident der Gesellschaft Deutsche Wehrtechnik, Paul Russmann, Sprecher der Aktion „Ohne Rüstung leben“ und Bürgermeister Urban Mangold.

– Foto: Wildfeuer

Terror. Sicherheitspolitik sei Staatsaufgabe. Die „Kausalkette“ rechtfertige die Existenz einer nationalen Verteidigungs- und Sicherheitstechnologie. Es fehle allerdings eine umfassende Diskussion im Land über die sicherheitspolitische Verantwortung und wie man dieser gerecht wird. Er sah Deutschland in Sachen Rüstung „auf einem guten Weg“. Das Land habe die strengsten Exportrichtlinien in Europa, die Regierung schränke den Waffenexport massiv ein. Sie gebe viel Geld für Krisenprävention und Krisenbewältigung aus. Sicherheit ohne Rüstung sei jedoch nicht möglich. Er plädierte für einen Export von Sicherheitsausrüstung nach Saudi Arabien.

„Wir brauchen ein Konzept der menschlichen Sicherheit“, hielt Heidi Meinzolt von der internationalen Frauenliga dagegen. Klimawandel, Menschenrechtslage oder Hunger seien Faktoren, die die Sicherheit beeinflussen. Ihr Wunsch: kollektive soziale Sicherheit. Diese gelinge nicht mit Waffen. Es gebe keinen Schutz unter Gewehren, auch nicht für Kurden und Jesiden. Die amerikanischen Drohnen in Afghanistan seien für die Menschen vor Ort eine massive Bedrohung. Problematisch sei auch die Weiterentwicklung der Drohnen, für sie „automatische Killerrobo-

ter“. Bei den Kriegsursachen spiele Rüstung eine entscheidende Rolle. Generell sollten Frauen stärker an Friedensverhandlungen und Vermittlungsmissionen beteiligt werden.

„Wir erreichen nichts mit Waffenlieferungen“, sagte Paul Russmann von der Aktion „Ohne Rüstung leben“. Dies sehe auch das

mann. Deutschland müsse eine vermittelnde Rolle einnehmen. So müssten zum Beispiel die arabischen Staaten und der IS an einen Tisch kommen. Er kritisierte die Rüstungsexporte, die „skrupellose Lieferung an die Freunde der Freunde“. Sie dürften nicht mehr genehmigt werden. Als positives Beispiel nannte er Costa Rica. Das Land sei ohne Armee. Der Lebensstandard dort sei dreimal so hoch wie in den umliegenden Ländern.

Eine Welt ohne Waffen zu schaffen, das sei träumerisch, wandte Schempp ein. Es gehe darum, Alternativen zu erarbeiten, zum Beispiel Friedensfachkräfte auszubilden, konterte Russmann. Er mahnte eine Debatte darüber an, wie Deutschland Friedensmacht werden könne. In der Diskussion mit den Zuhörern ging es um illegale Waffenlieferungen, zum Beispiel an die Türkei, die gegen Kurden eingesetzt wurden oder nach Mexiko, die in Unruheprovinzen landeten. Diese seien mit Anzeigen gegen die Rüstungsfirmen geahndet worden, sagte Schempp. Auch illegale Panzertransporte nach Griechenland wurden thematisiert. Am Montag, 15. Juni, um 15 Uhr steht im Audimax das Thema „Wo Berichterstattung endet – Gesellschaften im Kriegsalltag“ auf dem Programm.

– tw

ANZEIGE

Ihre private Kleinanzeige

Wir beraten Sie gerne!

(0851) 802 502

Passauer Neue Presse
NIEDERRHÄTTISCHER ZEITUNG

Wir sind für Sie da.

www.pnp.de

Friedensgutachten so. Rüstung sei ineffizient und helfe nicht bei der Lösung der Konflikte. Es sei sinnvoller, das Geld für Bildung, Gesundheit und Ernährung auszugeben. „So würden wir dem IS den Boden entziehen“, sagte Russ-